

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 11 | 13.03.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Ausgabe

Zeitschrift für Energie- und Technikrecht (ZTR):

- > Die Rolle der Gerichte im Klimaschutzrecht (*Reinhard Schanda*)
- > Energiearmut im Lichte des Legislativpakets „Saubere Energie für alle Europäer“ (*Lena Gattringer*)
- > Der maschinell erstellte Bescheid (Teil I) (*Michael Denk*)
- > IP-Day 2019 – Tagungsbericht (*Daniela Petermair / Christoph Steindl*)
- > Stromtankstellenbetreiber unterliegen der Gewerbeordnung, nicht dem Elektrizitätsrecht (*Valentina Dorothea Eigner / Christian F. Schneider*)

Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 80/2020 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über Maßnahmen bei der **Einreise aus SARS-CoV-2 Risikogebieten**

[BGBl II 81/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend **medizinische Überprüfungen bei der Einreise** im Zusammenhang mit dem „2019 neuartigen **Coronavirus**“

[BGBl II 83/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über das **Landeverbot für Luftfahrzeuge aus SARS-CoV-2 Risikogebieten**

[BGBl II 84/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende **Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zur Italienischen Republik**

[BGBl II 85/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über das **Landeverbot für Luftfahrzeuge aus SARS-CoV-2 Risikogebieten** geändert wird

[BGBl II 86/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die **Einstellung des Schienenverkehrs aus Italien aufgrund des Ausbruches von SARS-CoV-2**

[BGBl II 87/2020](#) ([Anlage 1](#); [Anlage 2](#); [Anlage 3](#))

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über **Maßnahmen bei der Einreise aus Italien**

[BGBl II 89/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über Maßnahmen bei der **Einreise aus SARS-CoV-2 Risikogebieten** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 70 v 06.03.2020, 1](#)

Beschluss (EU) 2020/348 der Kommission vom 24. Oktober 2019 über die **Staatliche Beihilfe SA.35980-2019/C Vereinigtes Königreich — Strommarktreform: Kapazitätsmechanismus**

[ABI L 71 v 06.03.2020, 8](#)

Beschluss (EU) 2020/372 des Rates vom 27. Februar 2020 über den im Namen der Europäischen Union im Rat der **Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation** in Bezug auf die Annahme von Änderungsanträgen zu den Anhängen 1, 3, 4, 6, 10, 11, 13, 14, 15, 16 und 18 des **Abkommens** über die **internationale Zivilluftfahrt** zu vertretenden Standpunkt

[ABI L 74 v 11.03.2020, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2020/389 der Kommission vom 31. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die **Unionsliste** der Vorhaben von **gemeinsamem Interesse**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.12.2019, [G 211/2019 ua](#)

Beamten-Kranken- und UnfallversicherungsG; Verletzung der **sozialen Selbstverwaltung** durch eine Bestimmung des Beamten-Kranken- und UnfallversicherungsG betreffend die **Entsendung der Versicherungsvertreter** aus der Gruppe der Dienstnehmer durch den zuständigen Bundesminister; Entsendung durch aus dem Kreis der Dienstnehmer gewählte Funktionsträger geboten

24.02.2020, [W IV 1/2020 ua](#)

NÖ GemeinderatswahlO; Aufhebung von Beschlüssen eines LVwG betreffend die Zurückweisung der Beschwerden gegen die **Streichungen aus dem Wählerverzeichnis** einer Gemeinderatswahl auf Grund rechtzeitiger Einbringung der Beschwerden in einem Einlaufkasten; Zurückweisung der Anträge auf direkte Anfechtung der Gemeinderatswahl mangels Zulässigkeit

24.02.2020, [E 3517/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; mangelhafte Beweiswürdigung und keine ausreichende Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation in der Herkunftsregion

24.02.2020, [E 4135/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; mangelnde Nachvollziehbarkeit der Beweiswürdigung im Hinblick auf die Unglaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens; Abgehen vom Akteninhalt hinsichtlich etwaiger Rückkehrfolgen und keine Deckung der Erwägungen in den Länderfeststellungen

24.02.2020, [E 4329/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Durchführung einer mündlichen Verhandlung** und im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** auf Grund Abweisung des Antrags eines türkischen Staatsangehörigen auf **internationalen Schutz**; keine hinreichende Beweiswürdigung durch Verweis auf die verwaltungsbehördliche Begründung und mangelhafte Erwägungen betreffend die Unglaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens

25.02.2020, [E 2875/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Asylstatus** betreffend eine nigerianische Staatsangehörige; mangelnde Auseinandersetzung mit einer Stellungnahme der LEFÖ-IBF hinsichtlich der Gefahr, ein Opfer von Menschenhandel zu werden

10.03.2020, [G 228/2019 ua](#)

ArbeitsruheG; Zurückweisung des Antrags auf Aufhebung der geltenden **Regelung zum Karfreitag** als unzulässig; keine **Berechtigung der antragstellenden Kirchen**, den Entfall der bisherigen Feiertagsregelung anzufechten, mangels unmittelbarer Betroffenheit ihrer Rechtssphäre; kein Recht auf Beibehaltung eines konkreten gesetzlichen Feiertags; staatliche Pflicht zur Einführung oder Beibehaltung eines gesetzlichen Feiertags kann weder aus EMRK noch aus StGG abgeleitet werden; seit Vorjahr bestehende Regelung bleibt aufrecht

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.11.2019, [Ro 2018/15/0016](#)

FernmeldegebührenO; **StudienförderungsG**; ein Antrag nach dem StudienförderungsG ist keine zwingende Voraussetzung für die Gewährung einer **Rundfunkgebührenbefreiung**; die Bezieher können auch subsidiär in ihrem Befreiungsantrag an die GIS nachweisen, dass sie alle inhaltlichen Voraussetzungen der inländischen Studienförderung erfüllen würden

23.01.2020, [Ra 2018/07/0443](#)

AgrarverfahrensG; **AVG**; die **örtliche Zuständigkeit der Agrarbehörden** für Angelegenheiten, die die Willensbildung von Organen einer Agrargemeinschaft sowie deren Beschlussfassung betreffen, richtet sich – mangels ausdrücklicher Regelung im Materiengesetz – in Anwendung des § 1 AgrarverfahrensG iVm § 3 Z 2 AVG nach dem Sitz der Agrargemeinschaft ohne territoriale Einschränkung auf jenen Teil des Agrargemeinschaftsgebiets, das im Sprengel der Behörde liegt

23.01.2020, [Ra 2019/07/0093](#)

AbwasserentsorgungsG; **Oö WasserversorgungsG**; ein **verwaltungspolizeilicher Auftrag**, der sich grundsätzlich an alle Miteigentümer eines der Anschlusspflicht nach § 5 Abs 1 Oö WasserversorgungsG unterliegenden Objekts zu richten hat, muss nicht in einem einheitlichen Bescheid gegen alle Miteigentümer erlassen werden und kann rechtmäßig (auch) an einzelne Miteigentümer ergehen; es besteht lediglich ein **Vollstreckungshindernis**, solange der Bescheid nicht gegenüber allen Miteigentümern rechtskräftig ist

30.01.2020, [Ro 2019/10/0026](#)

IslamG; nach § 5 Abs 2 Z 1 IslamG ist die **Rechtspersönlichkeit einer Kultusgemeinde** mit Bescheid aufzuheben, wenn eine für den Erwerb der Rechtsstellung maßgebliche Voraussetzung des § 8 leg cit nicht mehr vorliegt; nach § 8 leg cit darf eine Kultusgemeinde nur gegründet werden, wenn deren Bestand und ihre wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit gesichert sind; bei der Beurteilung dieser Voraussetzungen ist auf die diesbezüglichen Regelungen in der Verfassung der Religionsgesellschaft zurückzugreifen; werden die Vorgaben der jeweiligen Verfassung nicht eingehalten, so ist die Rechtspersönlichkeit gem § 5 Abs 2 Z 1 leg cit ohne Aufforderung zur Abstellung aufzuheben

VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 24.09.2019, [W128 2123673-1](#)

Bundes-GleichbehandlungsG; Bemessung einer „wirksamen“ **Entschädigung** ist gem § 19b Bundes-GleichbehandlungsG an Hand dem für die Verwendungsgruppe höchstmöglich zu erreichenden Brutto-Monatsbezug vorzunehmen

LVwG Oö 24.02.2020, [LVwG-750799](#)

StaatsbürgerschaftsG; eine einige Monate dauernde unbezahlte Assistenzstätigkeit an der Akademie der Wissenschaften und eine dieser möglicherweise folgende Mitarbeit an einem Universitätsinstitut stellt noch keine zumindest durchschnittliche Leistung im Interesse der Republik, wie diese nach § 28 Abs 1 Z 1 StaatsbürgerschaftsG gefordert ist, dar, die es rechtfertigen würde, der Bf die **Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft** zu genehmigen

LVwG Oö 28.02.2020, [LVwG-302603](#)

Lohn- und Sozialdumping-BekämpfungsgG; liegt eine **Unterehtlohnung** des Arbeitnehmers im Ausmaß von 88 % bzw von zirka EUR 730,- vor, erweist sich die Verhängung einer Geldstrafe von bloß EUR 500,- über dessen Arbeitgeberin schon deshalb als zu niedrig, weil diese unterhalb des fehlenden Differenzbetrags liegt; der Berufung der Österreichischen Gesundheitskasse war daher stattzugeben und die **Geldstrafe** mit EUR 1.000,- festzusetzen, zumal auch keine Hinweise darauf vorliegen, dass die Arbeitgeberin ihrem Arbeitnehmer das fehlende Entgelt nachgezahlt hätte

LVwG Oö 10.03.2020, [LVwG-400426](#)

VStG; nach den Gesetzesmaterialien liegt der Sinn des § 33a VStG vornehmlich darin, „den Grundsatz ‚Beraten statt strafen‘ in allgemeiner Form (zu) verwirklichen“; zeigt sich davon ausgehend in einem konkreten Fall, dass es einerseits gar keines behördlichen Hinweises bedurfte, um dem Bf die Strafbarkeit seines Verhaltens vor Augen zu führen und ihn dazu anzuhalten, einen gesetzeskonformen Zustand herzustellen, weil dieser die **Ordnungswidrigkeit** selbst erkannt und umgehend aus eigenem beseitigt hat, und ist das angelastete **rechtswidrige Verhalten** auch in keiner Weise öffentlich wahrnehmbar, sodass keine generalpräventiven Aspekte erkennbar sind, die die Annahme gebieten würden, dass die Intensität der Beeinträchtigung des geschützten Rechtsguts als nicht gering iSd § 33a Abs 3 VStG zu qualifizieren ist, dann kommt dem Einzelnen auf ein Vorgehen nach § 33a Abs 1 und 2 VStG ein **subjektiv-öffentliches Recht** zu; hat eine Behörde diesen (iSd Art 18 Abs 1 B-VG) bindenden Vorgaben des Gesetzgebers im erstinstanzlichen **Verwaltungsstrafverfahrens** nicht entsprochen, ist im Zuge eines Beschwerdeverfahrens nach Art 130 Abs 1 Z 1 B-VG das VwG gem § 38 VwGVG dazu verhalten, die Bestimmung des § 33a VStG sinngemäß zu handhaben, und zwar schon von Amts wegen, ohne dass es hierfür eines entsprechenden Antrags des Rechtsmittelwerbers bedarf

Hinweis: Die Rechtssätze des LVwG Oö werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa 2 Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[11.03.2020, Rs C-511/17, *Lintner*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – Auf eine **Fremdwährung lautender Darlehensvertrag** – Art 4 Abs 1 – Berücksichtigung aller anderen Klauseln des Vertrags für die Beurteilung der Missbräuchlichkeit der angefochtenen Klausel – Art 6 Abs 1 – Prüfung der Missbräuchlichkeit der Vertragsklauseln durch das nationale Gericht von Amts wegen – Umfang

[11.03.2020, Rs C-56/18 P, *Kommission/Gmina Miasto Gdynia und Port Lotniczy Gdynia Kosakowo*](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 108 Abs 2 AEUV – **Investitionsbeihilfe** – Betriebsbeihilfe – **Flughafeninfrastruktur** – Von den Gemeinden Gdynia und Kosakowo zugunsten der Umwandlung des Flughafens Gdynia-Kosakowo gewährte öffentliche Finanzierung – Beschluss der Europäischen Kommission – Nicht mit dem Binnenmarkt vereinbare Beihilfe – Anordnung der Rückforderung der Beihilfe – Nichtigerklärung durch das Gericht der Europäischen Union – Wesentliche Formvorschrift – Verfahrensrechte der Beteiligten

[11.03.2020, Rs C-160/18, X \(*Recouvrement de droits additionnels à l'importation*\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif – Verordnung (EG) Nr 1234/2007 – Verordnung (EG) Nr 1484/95 – Einfuhr von **gefrorenem Geflügelfleisch** mit **Ursprung in Brasilien** – Nachträgliche Erhebung von zusätzlichen **Einfuhrzöllen** – Überprüfungsmechanismus – Methode der Berechnung der Zusatzzölle

[11.03.2020, Rs C-314/18, SF \(*Mandat d'arrêt européen – Garantie de renvoi dans l'État d'exécution*\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Art 5 Nr 3 – Übergabe, die von der Bedingung abhängig gemacht wird, dass der Betroffene zur Verbüßung der gegen ihn im Ausstellungsmitgliedstaat verhängten **Freiheitsstrafe** oder freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung in den **Vollstreckungsmitgliedstaat rücküberstellt** wird – Zeitpunkt der Rücküberstellung – Rahmenbeschluss 2008/909/JI – Art 3 Abs 3 – Geltungsbereich – Art 8 – Anpassung der im Ausstellungsstaat verhängten Sanktion – Art 25 – Vollstreckung einer Sanktion im Rahmen von Art 5 Nr 3 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI

[11.03.2020, Rs C-454/18, *Baltic Cable*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Elektrizitätsbinnenmarkt – Richtlinie 2009/72/EG – Übertragung von Elektrizität – Begriff **„Übertragungsnetzbetreiber“** – Verordnung (EG) Nr 714/2009 – Verbindungsleitung – Übertragungsleitung, die die nationalen Übertragungsnetze der Mitgliedstaaten verbindet – Art 16 Abs 6 – Anwendungsbereich – **Verwendung der Einnahmen** aus der Vergabe der Kapazität von **Verbindungsleitungen** – Unternehmen, das lediglich eine grenzüberschreitende Hochspannungsleitung zur Verbindung von zwei nationalen Übertragungsnetzen betreibt

[11.03.2020, Rs C-94/19, *San Domenico Vetraria*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 2 und 6 – Geltungsbereich – **Steuerbare Umsätze** – Entgeltlich erbrachte Dienstleistung – **Entsendung von Personal** einer **Muttergesellschaft** an ihre Tochtergesellschaft – Auf die entstandenen Kosten beschränkte Erstattung durch die Tochtergesellschaft

[11.03.2020, Rs C-192/19, *Rensen Shipbuilding*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – **Kombinierte Nomenklatur** – Tarifierung – Position 8901 – **Schiffskaskos** – Seeschifffahrt – Wasserfahrzeuge, die ihrer Beschaffenheit nach seetüchtig sind – Begriff

[12.03.2020, Rs C-583/18, *Verbraucherzentrale Berlin*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2011/83/EU – Geltungsbereich – Dienstleistungsvertrag – Art 2 Nr 6 – Vertrag über die **Beförderung von Personen** – Art 3 Abs 3 Buchst k – Karten, die dem Inhaber das Recht verschaffen,

beim späteren Abschluss von Personenbeförderungsverträgen **Rabatte** in Anspruch zu nehmen – **Online-Verkauf** dieser Karten, ohne den Verbraucher über das Widerrufsrecht zu informieren

[12.03.2020, Rs C-659/18, VW \(Droit d'accès à un avocat en cas de non-comparution\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie 2013/48/EU – Art 3 Abs 2 – Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand – Umstände, unter denen das **Recht auf Zugang** zu einem **Rechtsbeistand** gewährleistet werden muss – **Nichterscheinen vor Gericht** – Abweichungen vom Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz

[12.03.2020, Rs C-769/18, Caisse d'assurance retraite und de la santé au travail d'Alsace-Moselle](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 5 Buchst b – Erhöhung des Satzes der **Altersrente** – Berücksichtigung einer Beihilfe, die für die **Erziehung** eines **behinderten Kindes** in einem anderen Mitgliedstaat gezahlt wird – Grundsatz der Gleichstellung von Sachverhalten

[12.03.2020, Rs C-832/18, Finnair](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 und 7 – Ausgleichsanspruch bei Verspätung oder Annullierung eines Fluges – **Mehrfacher Ausgleichsanspruch** bei Verspätung oder Annullierung, der nicht nur die ursprüngliche Buchung, sondern auch die Umbuchung im Rahmen einer anderweitigen Beförderung betrifft – Umfang – Befreiung von der Ausgleichspflicht – Begriff ‚außergewöhnliche Umstände‘ – ‚On condition‘-Teil – **Technische Mängel**, die sich bei Wartung eines Flugzeugs zeigen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[11.03.2020, Rs C-86/19, SL \(Indemnisation en cas de perte de bagage\) \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Internationaler Luftverkehr – Übereinkommen von Montreal – **Haftung der Luftfahrtunternehmen** für Reisegepäck – Nachweislicher Verlust eines aufgegebenen **Gepäckstücks** – Entschädigung – Voraussetzungen für die Gewährung des **Entschädigungshöchstbetrags** – Beweislast – An den Beweis zu stellende Anforderungen – Art der erforderlichen Beweise – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität

[12.03.2020, Rs C-606/18 P, Nexans France und Nexans/Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Markt für Stromkabel – Nahezu **weltweite Aufteilung** der Märkte und Kunden von Erd- und Unterwasserkabeln für Hoch- und Höchstspannung – **Nachprüfungsbefugnisse der Kommission** im Kartellverfahren – Befugnis, Daten ohne vorherige Prüfung zu kopieren und anschließend in den Räumlichkeiten der Kommission zu prüfen – Festsetzung der Geldbuße – Ausübung der Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung der Geldbuße durch das Gericht

[12.03.2020, Rs C-639/18, Sparkasse Südholstein \(GA Sharpston\)](#)

Richtlinie 2002/65/EG – Verbraucherschutz – Finanzdienstleistungen – **Fernabsatz** – Verbraucherkreditvertrag – **Anschlusszinsvereinbarung** – Für den Fernabsatz organisiertes Dienstleistungssystem

[12.03.2020, Rs C-742/18 P, Tschechische Republik/Kommission \(\) und du Feader\) \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – **EGFL und ELER** – Von der Finanzierung durch die Europäische Union ausgeschlossene Ausgaben – Ausgaben der Tschechischen Republik – Verordnung (EG) Nr 1122/2009 – **Flächenbezogene Beihilfen** – Vor-Ort-Kontrollen – **Vor-Ort-Kontrollen** durch Fernerkundung – Zweifel an der Angemessenheit und Wirksamkeit der durchgeführten Kontrollen – Beweislastverteilung – Verordnung (EG) Nr 555/2008 – Investitionen im Weinsektor – Kontrolle der Durchführung – Stichproben

C. GERICHT

[12.03.2020, Rs T-85/19, Gwo Chyang Biotech/EUIPO - Norma \(KinGirls\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Unionsbildmarke **KinGirls** – Ältere **deutsche Wortmarke King** – Relatives Eintragungshindernis – **Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

10.03.2020, Beschwerde Nr [49972/16](#), *Djagilev / Russland*

Keine Verletzung von **Art 9 EMRK** (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf **Ersatz der Wehrpflicht**; Ablehnung des Antrags des Bf durch die nationalen Behörden mit Begründung auf mangelnden **Pazifismus**; **Erfordernis** der **Unabhängigkeit** durch Militärkommission erfüllt; gerichtliche Überprüfung von Entscheidungen der Militärkommission angemessen

10.03.2020, Beschwerde Nr [24816/14](#) ua, *Hudorovič ua / Slowenien*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), **keine Verletzung** von **Art 14** in Verbindung mit **Art 8 EMRK** (Diskriminierungsverbot) und **keine Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot von Folter oder unmenschlicher oder erniedrigende Behandlung) allein oder in Verbindung mit **Art 14 EMRK**; Beschwerde von slowenischen Staatsangehörigen mit Roma-Herkunft (Bf) über mangelnden Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen; Setzung von positiven Schritten durch die nationalen Behörden; Sozialleistungen für alternative Sanitäranlagen wurden gewährt

10.03.2020, Beschwerde Nr [50495/08](#), *Altıntaş / Türkei*

Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf Zugang zu einem Gericht), aber **keine Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Meinungsfreiheit); **Verhängung** einer **gerichtlichen Geldbuße** wegen Veröffentlichung eines gewaltverherrlichenden Artikels; **unverhältnismäßige Beschränkung** des Rechts auf Zugang zu Gericht, da es keine Möglichkeit der Berufung aufgrund der Höhe der Geldbuße gab; jedoch **verhältnismäßige Beschränkung** der Meinungsfreiheit im Hinblick auf legitime Ziele

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Mag. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.